

Pressemitteilung

Auf dem Weg zu umweltfreundlicher Energie Neujahrskaffee der Lorsch SPD ging nicht ohne Politik

Ganz ohne Politik geht es nicht, wenn die Lorsch Sozialdemokraten zu ihrem traditionellen Neujahrskaffee einladen. Die Vorsitzende Brigitte Sander zog dabei eine eher kommunalpolitische Bilanz. Die hatte etwas mit der Atomkatastrophe von Fukushima zu tun und der energiepolitischen Kehrtwende der Bundesregierung- weg von der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke, hin zur Abschaltung der Meiler und hin zu regenerativer Energie. Selbst der Landrat, für den die Atomenergie vor wenigen Wochen noch sicher gewesen sei, habe festgestellt, dass Biblis in der Nähe des Frankfurter Flughafens liege und somit ein Sicherheitsrisiko darstelle. „Aber was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“, kommentierte Brigitte Sander diese Kehrtwende.

Eine unverständliche Kehrtwende hätten auch die GRÜNEN vollzogen. Sie hätten sowohl in Lorsch als auch im Kreis eine Wendehalspolitik betrieben und koalitierten mit der CDU. Lob gab es von der Lorsch SPD-Vorsitzenden für den Bürgermeisterkandidaten Niels Quante, der im Wahlkampf eine gute Figur gemacht habe. Den neuen Bürgermeister Christian Schöning werde die SPD kritisch aber fair begleiten.

„Spannende Zeiten“ versprach die SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht in ihrem kurzen Statement. Sie sei sich nicht sicher, ob es nicht doch in diesem Jahr zu einer Bundestagswahl komme. Sie hoffe, dass alle Mitglieder die Kraft hätten, einen effektiven Wahlkampf zu gestalten. Die „Traumkoalition“ aus CDU/FDP in Berlin bezeichnete sie auch als „Schmierentheater“. Der Begriff „Pleiten, Pech und Pannen“ sei da noch harmlos. Dass es jetzt im Saarland geknallt habe, sei für Insider nicht ganz überraschend gekommen. Der „passende“ Zeitpunkt, die dortige Koalition mit der FDP aufzukündigen, sei sicher „von Merkel abgeseget“ gewesen.

Interessant sei, dass jetzt auch die CDU festgestellt habe, dass Atomenergie gefährlich sei. Kein Verständnis zeigte Lambrecht dafür, dass „Elterngeld“ für Menschen bezahlt werden solle, die ihre Kinder von Bildungseinrichtungen fern hielten.

Die Pressefreiheit sei ein hohes Gut, das es zu schützen gelte. Da könne man auch nicht hinnehmen, dass ein Bundespräsident kraft seines Amtes versucht haben solle, die Pres-

../2

se einzuschüchtern. Das Trauerspiel um Christian Wulff müsse ein Ende haben. Da er aber ein Kandidat von Angela Merkel sei, würde sein Rücktritt auch sie treffen. Es sei aber nicht Sache der SPD, sondern der CDU, seinen Rücktritt zu fordern. Wenn die Koalition in Berlin platze, gebe es für die SPD keinen fliegenden Wechsel durch die Hintertür.

Positiv stellte Christine Lambrecht heraus, dass die SPD jetzt gezeigt habe, wo sie stehe. Sie verlange Steuererhöhungen bei den ganz Reichen und wolle die „Rente mit 67“ nicht umsetzen, wenn es nicht genügend Arbeitsplätze für Ältere gebe.

Für Hessen gebe es keine Neuwahlen, so der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Schmitt. Da müssen sich FDP und CDU aneinander klammern, da sie bei einer Neuwahl mit dem Verlust ihrer Mehrheit zu rechnen hätten. Das Ansehen von Ministerpräsident Volker Bouffier habe gelitten durch einige Skandale aus seiner Zeit als Innenminister. Schmitt nannte die Affäre um Steuerfahnder, um die Besetzung eines wichtigen Polizeipostens, die fragwürdige Auftragsvergabe an Parteifreunde und den Parteienklüngel rund um ehemalige Mitglieder der Jungen Union. Er sei überzeugt, dass es eine Mehrheit für Rot-Grün geben werde. Die Stilllegung der Bibliser Atomkraftwerke bezeichnete er als „unser Ziel“. Er sei aber nicht sicher, ob die Umstellung auf regenerative Energie auch wirklich klappe.